



HESSISCHER LANDTAG

01. 04. 2021

KPA

Berichts Antrag

**Dr. Frank Grobe (AfD), Heiko Scholz (AfD), Dimitri Schulz (AfD),
Arno Enners (AfD) und Klaus Gagel (AfD)**

Arbeitsaufträge im Schulfach Deutsch zu politischen Themen

Im Eltviller Gymnasium wurde im Fach Deutsch der Arbeitsauftrag erteilt, dass die Schüler der 7. Klasse in Einzelarbeit eine Collage gegen Rechts mit dem Titel „Auf Menschenfang – gestern wie heute (eine Untersuchung zur Aktualität des Nationalsozialismus in Deutschland)“ erstellen sollen. Als Anschauungsmaterial sind unter anderem Fotos aus der Zeit des Nationalsozialismus sowie aktuellere Fotos unbekannter Herkunft, mutmaßlich Darstellungen von Rechtsextremen oder -radikalen Demonstrationen, abgebildet.

Im weiteren Text werden „Nazi-Ideen“ aufgezählt: „rassistisch, antisemitisch, elitär, brutal...“.

Der Lehrer fordert die Schüler außerdem gezielt auf, dass sie „Wahlkampfplakate von der AfD für die Kommunalwahl“ in ihre Untersuchungen einbeziehen und eine „Protestnote gegen Rechts“ schreiben sollen.

Lediglich ein Arbeitsauftrag befasst sich mit der im Unterricht gelesenen Lektüre „Der Junge auf dem Berg“: Die Schüler sollen die abgedruckten Fotos mit Szenen aus dem Buch in Verbindung setzen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Kulturpolitischen Ausschuss (KPA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Sieht die Landesregierung in solchen Arbeitsaufträgen den Sinn und Lerninhalt des Unterrichtsfachs „Deutsch“ noch als gewährleistet an?
 - a) Wenn nein, welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um künftig sicherzustellen, dass der ursprüngliche Lerninhalt verfolgt wird?
 - b) Wenn ja, mit welcher Begründung wird die Abweichung vom Lehrplan Deutsch im Gymnasialen Bildungsgang als Lerninhalt des Unterrichtsfaches „Deutsch“ angesehen?
2. Wie steht die Landesregierung dazu, dass das Thema Nationalsozialismus im Lehrplan Deutsch im Gymnasialen Bildungsgang keine Erwähnung findet, im Eltviller Gymnasium aber in gesellschaftspolitischer und historischer Thematik im Unterrichtsfach Deutsch behandelt wird?
3. Wie steht die Landesregierung dazu, dass Schülern Begriffe wie „elitär“ als „Nazi-Ideen“ vermittelt werden?
 - a) Sieht die Landesregierung hier einen negativen Effekt auf die künftige Betrachtungsweise und Wahrnehmung von Schülern gegenüber anderer elitärer Gruppen?
 - b) Wie steht die Landesregierung zur Forderung „Unsere Gesellschaft braucht Eliten“ des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, der diese mit dem Ruf nach Elite-Universitäten bekräftigte?
 - c) Schätzt die Landesregierung den Begriff „elitär“ negativ oder positiv ein? (Bitte begründen)
 - d) Wie definiert die Landesregierung den Begriff „elitär“?
4. Gibt es weitere Unterrichtsfächer, außer Geschichte, an hessischen Schulen, in denen das Thema „Nationalsozialismus“ behandelt wird?
 - a) Wenn ja, in welcher Form erfolgt die Befassung?
 - b) Wenn ja, ist dies im Lehrplan für das jeweilige Fach auch so vorgesehen?

5. Sieht die Landesregierung in der Aufforderung zum Verfassen einer „Protestnote gegen Rechts“ und Formulierungen wie „auch heute noch Menschen eingefangen werden sollen“ den Beutelsbacher Konsens, besonders im Hinblick auf das Überwältigungsverbot als gewährleistet an?
 - a) Wenn ja, mit welcher Begründung?
 - b) Wenn nein, welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, dass künftige Verstöße gegen das Überwältigungsverbot unterlassen werden?
6. Sieht die Landesregierung eine kontroverse Auseinandersetzung mit politischen Themen nach den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsenses als gewährleistet an, wenn im Unterrichtsfach Deutsch lediglich der Nationalsozialismus behandelt wird, der Sozialismus der DDR-Diktatur aber unbehandelt bleibt?
 - a) Wenn ja, mit welcher Begründung?
 - b) Wenn nein, welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um künftig sicherzustellen, dass die Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses nicht verletzt werden?
7. Wie sollen Schüler in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und die eigene Interessenslage neutral zu analysieren, wenn einseitige direkte und indirekte Einflussnahme durch Lehrkräfte auf deren Wahrnehmung politischer Richtungen erfolgt?
8. Wird die Landesregierung mögliche rechtliche/disziplinarische Schritte gegen Lehrkräfte im Hinblick auf die Verletzung der Neutralitätspflicht sowie Verstoß gegen § 33 Beamtenstatusgesetz prüfen und einleiten?
 - a) Wenn nein, wieso nicht?
9. Sieht die Landesregierung in solch einer Einflussnahme noch die Schülerorientierung gemäß des Beutelsbacher Konsenses als gewährleistet an?
 - a) Wenn ja, mit welcher Begründung?
 - b) Wenn nein, welche Maßnahmen wird die Landesregierung künftig ergreifen, um sicherzustellen, dass der Grundsatz der Schülerorientierung nicht wieder verletzt wird?
10. Sieht die Landesregierung die rechtstaatliche und demokratische Partei Alternative für Deutschland als vergleichbar mit der NSDAP an?
 - a) Wenn nein, welche Maßnahmen wird die Landesregierung künftig ergreifen, um zu verhindern, dass Lehrkräfte diesen Eindruck Schülern im Unterricht vermitteln?
 - b) Wenn ja, anhand welcher Merkmale/Einschätzungen/Expertisen kommt die Landesregierung zu diesem Entschluss? (Bitte begründen)
11. Sieht die Landesregierung die politische Einstellung „rechts“ als negativ oder positiv an? (Bitte begründen)
12. Sieht die Landesregierung die politische Einstellung „links“ als negativ oder positiv an? (Bitte begründen)
13. Setzt die Landesregierung die politische Einstellung „rechts“ mit „nationalsozialistisch“, „rechtsextrem“, „-radikal“, „rassistisch“, „antisemitisch“ oder „fremdenfeindlich“ gleich?
 - a) Wenn ja, anhand welcher Merkmale/Einschätzungen/Expertisen kommt die Landesregierung zu diesem Entschluss?
 - b) Wenn nein, welche Maßnahmen wird die Landesregierung künftig ergreifen, um zu verhindern, dass Schülern im Unterricht ein ähnlicher Eindruck vermittelt werden könnte?
14. Setzt die Landesregierung die politische Einstellung „links“ mit „linksextrem“, „-radikal“, „kommunistisch“, „sozialistisch“, „deutschfeindlich“ oder „antikapitalistisch“ gleich?
 - a) Wenn ja, anhand welcher Merkmale/Einschätzungen/Expertisen kommt die Landesregierung zu diesem Entschluss?
 - b) Wenn nein, welche Maßnahmen wird die Landesregierung künftig ergreifen, um zu verhindern, dass Schülern im Unterricht ein ähnlicher Eindruck vermittelt werden könnte?

15. Gibt es Vorhaben der Landesregierung, die Lehrkräfte dahingehend zu sensibilisieren, dass diese auch die Thematik des Sozialismus der DDR-Diktatur im Unterricht behandeln?
- a) Wenn ja, welche Maßnahmen gibt es hierzu bereits und in welchem Umfang werden diese umgesetzt?
 - b) Wenn nein, wieso nicht?

Wiesbaden, 31. März 2021

Dr. Frank Grobe
Heiko Scholz
Dimitri Schulz
Arno Enners
Klaus Gagel